

Schäfer/Fresemann/Hinrichs

Die Praxis des Strafverfahrens

7., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Die Praxis des Strafverfahrens

anhand einer Akte

begründet von

Dr. Gerhard Schäfer

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof a. D.

fortgeführt von

Dr. Thomas Fresemann

Leitender Oberstaatsanwalt
Staatsanwaltschaft Görlitz

und

Dr. Hauke Hinrichs

Vorsitzender Richter am Landgericht Görlitz

7. erweiterte und überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

7. Auflage 2024

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-039666-1

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-039667-8

epub: ISBN 978-3-17-039668-5

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Vorwort

Die Voraufgabe zur „Praxis des Strafverfahrens“ stammt aus dem Jahr 2000. Einerseits hat das Strafprozessrecht seit der letzten Auflage eine ganze Reihe von Entwicklungen genommen, hingewiesen sei etwa auf die Regelungen zum Verständigungsverfahren, zu Eingriffsbefugnissen, zum Ausbau von Verfahrensrechten, andererseits ist viel von der Grundkonzeption des deutschen Strafprozessrechts, der sich das Werk immer zugewandt hat, erhalten geblieben. Es ist auch Ziel dieser Neuauflage, Grundstrukturen aufzuzeigen und anhand von Beispielen praxisnah zu veranschaulichen.

Die Unterzeichner sind dem Verlag und Herrn VRiBGH a. D. Dr. Schäfer verbunden, dass die Bearbeitung der Neuauflage in ihre Hände gegeben wurde. Neben einer umfassenden Überarbeitung wurden insbesondere die Kapitel zur Abschlussverfügung und zum Revisionsrecht noch erweitert. Vollständig neu erstellt wurde etwa der Aktenauszug. Wir hoffen, dass dies im Interesse der Leserinnen und Leser liegt. Für Anregungen, Kritik und Anmerkungen sind wir dankbar und sichern eine Beantwortung jeder Mitteilung zu. Schreiben können gern an das Mailpostfach Strafverfahren@web.de erfolgen. Die Neuauflage war naturgemäß mit viel Arbeit verbunden. Die Unterzeichner bedanken sich für das Lesen des Manuskripts und vielfältige Anregungen und Vorschläge bei Frau RiinOLG Horlacher, bei Frau Kerstin Rehm und Herrn Dr. Jens Burgard. Unser Dank gilt auch Herrn RiAG (stV) Robert Klinkicht, der erheblich an der Erstellung des Aktenauszuges beteiligt war. Schließlich sprechen wir dem Verlag Kohlhammer unseren Dank aus und hier insbesondere Herrn Durst, der immer für Gespräche und Wegstellungen zur Verfügung steht. Der Stand von Rechtsprechung und Literatur ist, soweit erreichbar, November 2023.

Görlitz, Dezember 2023

Thomas Freseman und Hauke Hinrichs

Gliederungsübersicht

1. Teil	Grundlagen und Beteiligte des Strafverfahrens	111
1. Kapitel	Überblick über den Gang des Strafverfahrens	113
2. Kapitel	Die Beteiligten des Strafverfahrens	119
3. Kapitel	Der Gegenstand des Verfahrens, Verbindung und Trennung von Verfahren	166
4. Kapitel	Verfahrensvoraussetzungen, Prozesshandlungen, Fristen, Termine, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, gerichtliche Entscheidungen	168
5. Kapitel	Kosten des Strafverfahrens und Entschädigung	191
2. Teil	Das Ermittlungsverfahren	197
6. Kapitel	Aufgabe, Einleitung und freie Gestaltung des Ermittlungsverfahrens	199
7. Kapitel	Staatsanwaltschaft, Polizei und Richter im Ermittlungsverfahren	211
8. Kapitel	Überblick über die im Ermittlungsverfahren zulässigen Maßnahmen	219
9. Kapitel	Sachaufklärende und beweissichernde Ermittlungsmaßnahmen	222
10. Kapitel	Verfahrens- und vollstreckungssichernde sowie präventiv-sichernde Ermittlungsmaßnahmen	270
11. Kapitel	Die Abschlussverfügung der Staatsanwaltschaft	299
3. Teil	Das gerichtliche Verfahren erster Instanz	347
12. Kapitel	Das zuständige Gericht	349
13. Kapitel	Das Zwischenverfahren	378
14. Kapitel	Beginn des Hauptverfahrens und Vorbereitung der Hauptverhandlung	391
15. Kapitel	Hauptverhandlung – Bedeutung und Grundsätze	400
16. Kapitel	Überblick und Gang der Hauptverhandlung bis zum Eintritt in die Beweisaufnahme	430
17. Kapitel	Allgemeines zur Beweisaufnahme	450
18. Kapitel	Zeugenbeweis	460
19. Kapitel	Sachverständigenbeweis	488
20. Kapitel	Augenscheinsbeweis	496
21. Kapitel	Urkundenbeweis	499
22. Kapitel	Der Umfang der Beweisaufnahme	528
23. Kapitel	Der Schluss der Beweisaufnahme, Schlussvorträge und letztes Wort	575
24. Kapitel	Urteilsberatung, Entscheidung und Verkündung	588
25. Kapitel	Das Hauptverhandlungsprotokoll	644
26. Kapitel	Die Urteilsurkunde	652

Gliederungsübersicht

27. Kapitel	Andere verfahrensbeendende Entscheidungen	693
28. Kapitel	Beschleunigtes Verfahren und Strafbefehlsverfahren	702
29. Kapitel	Die Rechtskraft gerichtlicher Entscheidungen	711
4. Teil	Anfechtbarkeit von Entscheidungen	721
30. Kapitel	Rechtsbehelfe gegen gerichtliche Entscheidungen	723

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Literaturverzeichnis	XXXVII
Erläuterungen zum Aktenstück	1
1. Teil Grundlagen und Beteiligte des Strafverfahrens	111
1. Kapitel Überblick über den Gang des Strafverfahrens	113
§ 1 Die drei Abschnitte des Strafverfahrens	113
§ 2 Das Ermittlungsverfahren	113
I. Zweck des Ermittlungsverfahrens, Legalitätsprinzip	113
II. Staatsanwaltschaft und Polizei; Eingriffe	113
III. Richterliche Aufgaben	114
IV. Abschlussverfügung der Staatsanwaltschaft	114
1. Entschließung	114
2. Datenträger	114
§ 3 Das gerichtliche Verfahren	115
I. Das gerichtliche Zwischenverfahren	115
1. Ablauf	115
2. Anklagegrundsatz und Kognitionspflicht	115
II. Das gerichtliche Hauptverfahren	117
1. Nach Anklageerhebung und Zwischenverfahren	117
2. Verfahrensbeendende Entscheidung	118
§ 4 Das Vollstreckungsverfahren	118
2. Kapitel Die Beteiligten des Strafverfahrens	119
§ 5 Die Gerichte in Strafsachen	119
I. Gerichtsverfassung	119
1. Richter	119
2. Aufbau der Strafgerichtsbarkeit	119
3. Die Gerichte und ihre Spruchkörper	120
II. Berufsrichter und Schöffen	122
§ 6 Die Staatsanwaltschaft	123
I. Organisation der Staatsanwaltschaft	123
1. Selbständige, dem Gericht zugeordnete Behörde	123
2. Hierarchie	124
II. Örtliche, sachliche und funktionelle Zuständigkeit	124
1. Örtliche Zuständigkeit	124
2. Sachliche Zuständigkeit	125
3. Funktionelle Zuständigkeit	125
III. Aufgaben und Stellung der Staatsanwaltschaft	125
1. Aufgaben	125
2. „Die objektivste Behörde der Welt“	127

Inhaltsverzeichnis

	IV. Referendare bei der Staatsanwaltschaft.	130
	1. Amtsanwälte	130
	2. Wahrnehmung des Sitzungsdienstes	130
	V. Die Gehilfen der Staatsanwaltschaft.	131
§ 7	Die Verteidigung	131
	I. Grundsatz	131
	1. Verteidiger	131
	2. Beistände	132
	II. Die Stellung des gewählten Verteidigers	132
	1. Geschäftsbesorgungsvertrag	132
	2. Vollmachtsurkunde	132
	3. Kein Vertreter, sondern Beistand mit eigenen Rechten	133
	III. Rechte und Pflichten des Verteidigers	133
	1. Rechte	134
	2. Pflichten.	137
	IV. Notwendige Verteidigung.	138
	1. Grundsatz, Überblick	138
	2. Katalog und Generalklausel in § 140	139
	3. Zeitpunkt der Bestellung, § 141.	141
	4. Zuständigkeit und Bestellungsverfahren, § 142.	142
	5. Dauer und Aufhebung der Bestellung, § 143.	143
	6. Verteidigerwechsel, § 143a.	144
	7. Bestellung eines zusätzlichen Pflichtverteidigers, § 144	144
	8. Revision	144
	9. Strafbefehlsverfahren	144
	10. Beschleunigtes Verfahren	145
	V. Beschränkung der Zahl der Verteidiger und Verbot der Mehrfach- verteidigung.	145
	1. Grundsatz.	145
	2. Beschränkung der Zahl der gewählten Verteidiger	145
	3. Verbot der Mehrfachverteidigung.	145
	4. Rechtsfolgen bei Verstößen gegen die §§ 137, 146	146
§ 8	Ausschluss und Ablehnung von Richtern, Staatsanwälten und Verteidigern.	146
	I. Überblick.	146
	II. Ausschluss und Ablehnung von Richtern.	147
	1. Der Ausschluss vom Richteramt	147
	2. Die Ablehnung des Richters	148
	3. Entsprechende Geltung u. a. für Schöffen	150
	4. Revision	150
	III. Ausschluss von Sachverständigen und Dolmetschern	151
	IV. Ausschluss des Staatsanwalts.	151
	V. Ausschluss des Verteidigers.	151
	1. Keine Befangenheit	151
	2. Abschließende Ausschlussregelung.	151
§ 9	Der Beschuldigte	152
	I. Begriff.	152
	1. Verschiedene Bezeichnungen.	152

	2. Der Beschuldigte im Ermittlungsverfahren	152
	3. Der Angeschuldigte und der Angeklagte im gerichtlichen Verfahren	155
	II. Rechte und Pflichten des Beschuldigten.	155
	1. Allgemeines	155
	2. Grundsätze	156
§ 10	Der durch die Straftat Verletzte	157
	I. Überblick.	157
	II. Möglichkeiten aktiver Beteiligung des Verletzten am Verfahren.	158
	1. Strafantrag	158
	2. Privatklage	158
	3. Nebenklage.	159
	4. Klageerzwingung	160
	5. Sonstige Befugnisse	161
	III. Schadenswiedergutmachung und Opferausgleich	162
	1. Allgemeines	162
	2. Adhäsionsverfahren	162
	3. Andere Wege der Schadenswiedergutmachung.	163
	IV. Vorschriften zum Schutz des Verletzten im Verfahren	163
	1. Allgemeines	163
	2. Gesetzliche Einzelregelungen für den Verletzten als Zeugen	164
3. Kapitel	Der Gegenstand des Verfahrens, Verbindung und Trennung von Verfahren	166
§ 11	Gegenstand des Verfahrens	166
§ 12	Verbindung und Trennung von Verfahren	166
4. Kapitel	Verfahrensvoraussetzungen, Prozesshandlungen, Fristen, Termine, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, gerichtliche Entscheidungen	168
§ 13	Verfahrensvoraussetzungen.	168
	I. Begriff	168
	II. Einzelne Verfahrensvoraussetzungen	168
	III. Keine Verfahrenshindernisse	172
	IV. Folgen eines Verfahrenshindernisses.	172
§ 14	Prozesshandlungen	173
	I. Überblick.	173
	II. Die Form der Prozesshandlungen	173
	1. In der Hauptverhandlung	173
	2. Außerhalb der Hauptverhandlung	173
	III. Auslegung	176
	IV. Wirksamkeit, Anfechtung und Widerruf von Prozesshandlungen	176
§ 15	Fristen, Termine und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	177
	I. Fristen und Termine	177
	II. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	177
	1. Grundsatz.	177
	2. Voraussetzungen	177

Inhaltsverzeichnis

3.	Entscheidung	180
4.	Wirkung der Wiedereinsetzung	180
5.	Formel und Kostenentscheidung	180
§ 16	Gerichtliche Entscheidungen	181
I.	Urteile, Beschlüsse und Verfügungen	181
1.	Urteile	181
2.	Beschlüsse und Verfügungen	181
3.	Bedeutung der Differenzierung	181
4.	Zustimmung des Gerichts.	182
II.	Rechtliches Gehör.	182
1.	Gesetzliche Ausprägungen	182
2.	Inhalt des Rechts	182
3.	Maßnahmen ohne vorherige Anhörung („überraschende Maßnahmen“)	183
4.	Nachholung des rechtlichen Gehörs.	183
III.	Form und Inhalt der gerichtlichen Entscheidung	184
1.	Grundsatz.	184
2.	Eingang, Formel, Gründe und Unterschriften	184
IV.	Erlass und Änderung gerichtlicher Entscheidungen.	187
1.	Verbindlichkeit	187
2.	Abänderbarkeit	188
V.	Bekanntmachung	188
1.	Verkündung	188
2.	Nicht verkündete Entscheidungen	188
3.	Zustellung	188
4.	Rechtsmittelbelehrung	189
5. Kapitel	Kosten des Strafverfahrens und Entschädigung	191
§ 17	Kosten des Strafverfahrens	191
I.	Arten der im Strafverfahren entstandenen Kosten	191
II.	Zeitpunkt der Kostenentscheidung	191
1.	Gerichtliches Verfahren	191
2.	Ermittlungsverfahren	191
III.	Die Verteilung der Kosten des Verfahrens und der notwendigen Auslagen des Beschuldigten	192
1.	Verurteilung	192
2.	Nichtverurteilung	192
3.	Teilfreispruch	193
4.	Jugendstrafrecht.	194
IV.	Form und Anfechtbarkeit der Kostenentscheidung	194
1.	Form	194
2.	Anfechtbarkeit der Kostenentscheidung: Sofortige Beschwerde	194
V.	Kostenberechnung und -festsetzung.	194
§ 18	Die Entschädigung des Beschuldigten	195
I.	Voraussetzungen	195
II.	Entscheidung über den Grund der Entschädigung	195
III.	Anfechtbarkeit	196

IV.	Entscheidung über die Höhe der Entschädigung.	196
V.	Schadensersatz nach anderen Normen	196
2. Teil	Das Ermittlungsverfahren	197
6. Kapitel	Aufgabe, Einleitung und freie Gestaltung des Ermittlungs- verfahrens	199
§ 19	Aufgabe des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens.	199
I.	Einführung	199
II.	Aufgaben im Überblick	199
1.	Vorbereitung der eigenen Entschließung.	199
2.	Vorbereitung des gerichtlichen Verfahrens.	199
§ 20	Einleitung des Ermittlungsverfahrens	200
I.	Legalitätsprinzip	200
1.	Anfangsverdacht	200
2.	„Vorermittlungen“	201
3.	Quellen für den Anfangsverdacht.	202
II.	Ausnahmen vom Legalitätsprinzip: Opportunität	204
1.	Antrags- und Privatklagedelikte	204
2.	Das „besondere öffentliche Interesse an der Strafverfolgung“	205
3.	Ermächtigungsdelikte.	206
4.	Vorläufige Festnahme und Haftbefehl möglich	206
5.	Fälle absoluter und relativer Geringfügigkeit.	206
§ 21	Die freie Gestaltung des Ermittlungsverfahrens	207
I.	Grundsatz	207
II.	Grenzen.	207
1.	Eingriffe, Gesetzesvorbehalt.	207
2.	Vernehmungs- und Belehrungsvorschriften	208
3.	Allgemeine Verfahrensgrundsätze.	208
7. Kapitel	Staatsanwaltschaft, Polizei und Richter im Ermittlungs- verfahren	211
§ 22	Die Ermittlungstätigkeit der Staatsanwaltschaft	211
I.	Staatsanwaltschaft als Schaltstelle	211
1.	Ermittlungszentrale	211
2.	Entscheidungszentrale	211
3.	Zuständigkeiten.	212
II.	Staatsanwaltschaft und ihre Helfer: Polizei und Gerichtshilfe	212
1.	Die Polizei	212
2.	Die Gerichtshilfe	215
III.	Überblick über die Befugnisse	215
1.	Befugnisse der Staatsanwaltschaft.	215
2.	Freie Gestaltung	215
§ 23	Der Ermittlungsrichter	216
I.	Aufgabenbereich.	216
1.	Eingriffe	216

Inhaltsverzeichnis

2.	Beweissicherung	217
II.	Zuständigkeit	217
III.	Verfahren	217
1.	Antragsbefugnis der Staatsanwaltschaft	217
2.	Umfang der Prüfungsbefugnis	218
3.	Weiteres Verfahren	218
8. Kapitel	Überblick über die im Ermittlungsverfahren zulässigen Maßnahmen	219
§ 24	Systematik der Maßnahmen	219
I.	Ziele der strafprozessualen Maßnahmen	219
1.	Sachaufklärende und beweisichernde Maßnahmen	219
2.	Verfahrens- und vollstreckungssichernde Maßnahmen	219
3.	Präventiv-sichernde Maßnahmen	219
II.	Zeitpunkt der Maßnahmen	219
III.	Verhältnismäßigkeit	220
IV.	Anfechtbarkeit	220
1.	Spezialnormen	220
2.	§ 98 Abs. 2 S. 2 analog	220
9. Kapitel	Sachaufklärende und beweisichernde Ermittlungsmaßnahmen	222
§ 25	Vernehmungen durch Staatsanwaltschaft, Polizei und Ermittlungsrichter sowie Augenschein	222
I.	Vernehmung des Beschuldigten	222
1.	Begriffe	222
2.	Zeitpunkt der Vernehmung	222
3.	Vorladung des Beschuldigten	223
4.	Die Vernehmung	224
5.	Verbotene Vernehmungsmethoden	226
6.	Verwertungsverbote bei Verstößen gegen die §§ 136a, 136	229
II.	Vernehmung von Zeugen	231
1.	Begriff	231
2.	Pflichten und Rechte	232
3.	Die Vernehmung	234
III.	Beauftragung und Vernehmung von Sachverständigen	235
IV.	Einnahme des Augenscheins	236
§ 26	Anwesenheitsrechte bei Vernehmungen und Augenschein	237
I.	Anwesenheit bei richterlichen Ermittlungen	237
1.	Vernehmung des Beschuldigten	237
2.	Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, Einnahme eines Augenscheins	238
II.	Anwesenheit bei staatsanwaltschaftlichen und polizeilichen Vernehmungen	239
1.	Vernehmung des Beschuldigten	239
2.	Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen	239

§ 27	Protokollierung und Aufnahme von Vernehmungen und Augenschein . . .	239
	I. Richterliches Protokoll.	239
	1. Form	240
	2. Fassung	240
	3. Bezugnahmen auf vorangegangene Vernehmungen („Bezugnahmeprotokoll“)	242
	4. Referendare.	242
	II. Staatsanwaltschaftliches und polizeiliches Protokoll.	243
	III. Audiovisuelle Aufzeichnung der Vernehmungen.	243
	1. Zeugenvernehmung	243
	2. Beschuldigtenvernehmung	244
	3. Verwertungsverbot	245
§ 28	Sonstige sachaufklärende Ermittlungsmaßnahmen	245
	I. Überblick.	245
	1. Ermittlungsgeneralklausel und allgemeine Einschränkungen. . .	245
	2. Konkrete Einschränkungen	246
	3. Spezielle Eingriffsnormen	247
	II. Angreifbarkeit	248
	III. Die Maßnahmen im Einzelnen	249
	1. Unterbringung des Beschuldigten zur Beobachtung und Untersuchung (§ 81)	251
	2. Körperliche Untersuchung und körperliche Eingriffe beim Beschuldigten (§ 81a)	251
	3. Erkennungsdienstliche Behandlung im Ermittlungsverfahren (§ 81b Abs. 1, 1. Alt.)	252
	4. Körperliche Untersuchung und körperliche Eingriffe beim Nichtbeschuldigten (§ 81c)	253
	5. Molekulargenetische Untersuchung (§§ 81e und 81f), DNA- Reihenuntersuchung (§ 81h) und DNA-Identitätsfeststellung (§ 81g)	256
	6. Sicherstellung und Beschlagnahme von Beweisgegenständen (§§ 94 ff.)	258
	7. Rasterfahndung (§§ 98a, 98b)	263
	8. Datenabgleich (§ 98c)	265
	9. Überwachung der Telekommunikation (§§ 100a, 100e)	265
	10. Durchsuchung von Personen, Räumen und Sachen (§§ 102 ff.) .	267
	11. Automatische Kennzeichenerfassung (§ 163g)	269
10. Kapitel	Verfahrens- und vollstreckungssichernde sowie präventiv- sichernde Ermittlungsmaßnahmen	270
§ 29	Verfahrens- und vollstreckungssichernde Maßnahmen	270
	I. Untersuchungshaft (§§ 112 ff.)	271
	1. Zweck	271
	2. Voraussetzungen	272
	3. Der Haftbefehl	275
	4. Das Verfahren	276
	5. Der Vollzug der Untersuchungshaft	281
	6. Zuständigkeit für Entscheidungen zur Untersuchungshaft	281

Inhaltsverzeichnis

7.	Haftkontrolle, Aufhebung und Ende der Untersuchungshaft . . .	282
8.	Die Entscheidung zur Haftfortdauer.	285
II.	Einstweilige Unterbringung (§ 126a)	286
III.	Hauptverhandlungshaft (§ 127b)	287
1.	Vorläufige Festnahme	287
2.	Haftbefehl.	288
IV.	Fahndungsmaßnahmen nach §§ 131 bis 131c	288
1.	Ausschreibung des Beschuldigten zur Festnahme (§ 131).	289
2.	Ausschreibung des Beschuldigten und Zeugen zur Aufenthalts- ermittlung (§ 131a)	290
3.	Veröffentlichung von Abbildungen des Beschuldigten oder Zeugen (§ 131b)	290
V.	Razzia und Einrichtung von Kontrollstellen	291
1.	Razzia	291
2.	Einrichtung von Kontrollstellen.	291
VI.	Beschlagnahme und Vermögensarrest zur Sicherung der (Wert- ersatz-)Einziehung (§§ 111b ff.)	292
§ 30	Präventiv-sichernde Maßnahmen	293
I.	Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis und Beschlagnahme des Führerscheins (§ 111a)	294
1.	Begriff	294
2.	Rechtsgrundlage/Voraussetzungen	294
3.	Anordnungskompetenz	295
4.	Wirkung.	295
5.	Beispiel.	296
6.	Aufhebung der Maßnahme	296
7.	Verhältnis zur Beschlagnahme des Führerscheins	297
8.	Anfechtbarkeit.	297
II.	Vorläufiges Berufsverbot (§ 132a).	297
1.	Begriff und Rechtsgrundlage.	297
2.	Voraussetzungen und Rechtsfolge	297
3.	Anordnungskompetenz	298
4.	Anfechtbarkeit.	298
III.	Erkennungsdienstliche Behandlung (§ 81b Abs. 1, 2. Alt.) und DNA- Identitätsfeststellung (§ 81g)	298
11. Kapitel	Die Abschlussverfügung der Staatsanwaltschaft.	299
§ 31	Überblick über die verschiedenen Arten einer Abschlussverfügung.	299
§ 32	Die öffentliche Klage	299
I.	Voraussetzungen	299
1.	„Genügender Anlass“	299
2.	Verurteilungswahrscheinlichkeit.	300
II.	Arten der öffentlichen Klage	301
III.	Wirkung der Klageerhebung.	301
1.	Übergang der Verfahrensherrschaft.	301
2.	Festlegung des Verfahrensgegenstands.	302
IV.	Der Abschlussvermerk	302

§ 33	Die Anklageschrift	303
	I. Funktion und Gliederung	303
	1. Funktion der Anklageschrift	303
	2. Gliederung der Anklageschrift.	303
	3. „Kopf“ der Anklageschrift.	304
	4. Angaben zur Person des Angeschuldigten	304
	5. Bezeichnung der Tat.	305
	6. Gesetzliche Merkmale der Tat	308
	7. Anzuwendende Strafvorschriften	312
	8. Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen	313
	9. Anträge	315
	10. Beweismittel	316
	II. Abschluss- bzw. Begleitverfügung	317
	III. Aktenvorlage bei Gericht	318
	IV. Mängel der Anklageschrift	319
	1. Verstöße gegen die Umgrenzungsfunktion	319
	2. Verstöße gegen die Informationsfunktion	320
	3. Sonstige Mängel	320
§ 34	Andere Arten der öffentlichen Klage.	321
	I. Antrag auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren	321
	II. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	322
	1. Grundstruktur des Strafbefehlsverfahrens	322
	2. Anwendungsbereich.	322
	3. Inhalt des Strafbefehlsantrags	323
	III. Sonstige Arten der öffentlichen Klage in besonderen Verfahrensarten	323
	1. Sicherungsverfahren.	323
	2. Antrag auf Durchführung des selbstständigen Einziehungs- verfahrens.	324
§ 35	Die Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft	324
	I. Einstellungsverfügung – Form und Inhalt	324
	1. Entscheidungsformel	324
	2. Gründe.	325
	3. Mitteilungen.	325
	4. Beschwerdebelehrung.	325
	II. Einstellung nach § 170 Abs. 2.	325
	1. Grundsatz.	325
	2. Besonderheiten bei Privatklagedelikten.	326
	3. Beispiel für eine Einstellungsverfügung nach § 170 Abs. 2.	327
	III. Einstellung des Verfahrens aus Gründen der Opportunität	328
	1. Einstellung nach den §§ 153 und 153a	328
	2. Einstellung nach § 153b	334
	3. Einstellung nach § 154 und Beschränkung der Verfolgung nach § 154a.	334
	4. Vorläufige Einstellung nach § 154f.	340
§ 36	Kontrolle staatsanwaltschaftlicher Maßnahmen im Ermittlungsverfahren, Klageerzwingungsverfahren und Dienstaufsichtsbeschwerde.	341
	I. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Staatsanwaltschaft im Ermitt- lungsverfahren	341

Inhaltsverzeichnis

II.	Das Klageerzwingungsverfahren	342
1.	Voraussetzungen	343
2.	Verfahren	343
3.	Bescheid des Generalstaatsanwalts	343
4.	Antrag auf gerichtliche Entscheidung	344
III.	Dienstaufsichtsbeschwerde	344
IV.	Gegenvorstellung	345
3. Teil	Das gerichtliche Verfahren erster Instanz	347
12. Kapitel	Das zuständige Gericht.	349
§ 37	Gesetzlicher Richter	349
I.	Grundsatz	349
II.	Konkrete Ausgestaltung	349
§ 38	Die Arten der Zuständigkeit	350
§ 39	Die örtliche Zuständigkeit.	351
I.	Gerichtsstandregelung	351
II.	Auswahl bei mehreren Gerichtsständen	351
III.	Prozessvoraussetzung	352
IV.	Rechtsmittelverfahren	352
§ 40	Die sachliche Zuständigkeit	352
I.	Grundsatz: Zuständigkeit des Amtsgerichts	353
1.	Ausnahmen von der grundsätzlichen Zuständigkeit des Amtsgerichts	354
2.	Strafrichter oder Schöffengericht	356
II.	Die Regelung der sachlichen Zuständigkeit bei den Jugendgerichten 1. Sachliche Zuständigkeit in Jugendsachen	356
2.	Sachliche Zuständigkeit in Jugendschutzsachen.	357
III.	Die Überprüfung der sachlichen Zuständigkeit.	357
1.	Eröffnungsverfahren: § 209	357
2.	Hauptverfahren: §§ 225a, 269, 270	360
3.	Rechtsmittelverfahren.	362
§ 41	Die Zuweisung von Strafsachen an besondere Spruchkörper („gesetzliche Geschäftsverteilung“)	363
I.	Bestimmung der Zuständigkeit der Strafkammern im Verhältnis zueinander	363
1.	Zeitliche Begrenzung der Korrekturmöglichkeit (§ 6a)	363
2.	Art der Korrektur.	364
3.	Verfahren	364
4.	Revision (§ 338 Nr. 4).	365
II.	Die Bestimmung der Zuständigkeit im Verhältnis Jugendgerichte – für allgemeine Strafsachen zuständige Gerichte („Erwachsenenge- richte“)	365
§ 42	Die Zuständigkeit nach dem Geschäftsverteilungsplan	367
I.	Die Verteilung der Geschäfte auf die einzelnen Spruchkörper.	367
1.	Spezialisierung aufgrund gesetzlicher Vorgaben und aus Gründen der Zweckmäßigkeit.	367

	2. Verteilung der Geschäfte auf die Spruchkörper	368
	3. Zuständigkeitsüberprüfung	368
	II. Die Besetzung der Spruchkörper	369
	1. Besetzung der Spruchkörper mit Berufsrichtern	369
	2. Die Heranziehung der Schöffen	370
§ 43	Die Zuständigkeit innerhalb eines Spruchkörpers	372
	I. Geschäftsverteilung innerhalb des Spruchkörpers	372
	II. Fehlerhafte Geschäftsverteilung, Verstöße gegen den Geschäftsverteilungsplan	373
§ 44	Die funktionelle Zuständigkeit	374
§ 45	Die Veränderung der Zuständigkeit durch Verbindung oder Trennung von Verfahren	375
	I. Zeitpunkt	375
	II. Zuständigkeitsveränderung bei Verbindung	375
	1. Örtliche Zuständigkeit	375
	2. Sachliche Zuständigkeit	375
	3. Gesetzliche Geschäftsverteilung	375
	4. Geschäftsverteilungsplan	375
	III. Zuständigkeit und Verfahren bei der Verbindung gerichtlich anhängiger Sachen (§ 4)	376
	IV. Zuständigkeitsveränderung durch Trennung	377
	1. Trennung verbunden anhängig gemachter Sachen bei Eröffnung des Hauptverfahrens	377
	2. Trennung nach Eröffnung des Hauptverfahrens	377
13. Kapitel	Das Zwischenverfahren	378
§ 46	Das Zwischenverfahren – Entscheidung über Zulassung der Anklage und Eröffnung des Hauptverfahrens	378
	I. Zweck des Zwischenverfahrens	378
	II. Ablauf des Zwischenverfahrens	379
	1. Übermittlung der Anklageschrift	379
	2. Entscheidung über Anträge und Einwendungen	380
	3. Anordnung ergänzender Beweiserhebungen	381
	III. Die Eröffnungsentscheidung	382
	1. Voraussetzung: Hinreichender Tatverdacht	382
	2. Inhalt des Eröffnungsbeschlusses	382
	3. Nebenentscheidungen	383
	4. Konkludente Eröffnung?	384
	IV. Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens	384
	1. Formel und Gründe	385
	2. Anfechtung	386
	3. Beschränkter Strafklageverbrauch	386
	V. Von der Anklage abweichende Eröffnung des Hauptverfahrens (§ 207)	386
	1. Mehrere Taten im Sinne des § 264	387
	2. Tatsächliche oder rechtliche Änderungen innerhalb der angeklagten Tat im Sinne des § 264	387
	3. Beschwerde der Staatsanwaltschaft	387

Inhaltsverzeichnis

4.	Neue Anklage bei Änderungen im tatsächlichen Umfang der angeklagten Tat(en)	387
VI.	Zustellung der Eröffnungsentscheidung	387
VII.	Fehlender Eröffnungsbeschluss, Mängel des Eröffnungsbeschlusses	388
1.	Fehlender Eröffnungsbeschluss	388
2.	Mangelhafter Eröffnungsbeschluss	389
VIII.	Anfechtbarkeit der Entscheidungen zur Eröffnung oder Nichteröffnung des Hauptverfahrens	389
1.	Eröffnung	389
2.	Nichteröffnung	390
3.	Rechtsmittelverfahren, insbesondere Revision	390
14. Kapitel	Beginn des Hauptverfahrens und Vorbereitung der Hauptverhandlung	391
§ 47	Beginn des Hauptverfahrens	391
§ 48	Vorbereitung der Hauptverhandlung	391
I.	Die Aufgaben des Vorsitzenden	391
1.	Die Terminsvorfürung	392
2.	Weitere Maßnahmen des Vorsitzenden zur Vorbereitung der Hauptverhandlung	394
II.	Aufgaben des Gerichts	398
1.	Entbindung von der Verpflichtung, in der Hauptverhandlung erscheinen zu müssen	398
2.	Anordnung der kommissarischen Vernehmung eines Zeugen oder Sachverständigen	399
3.	Anordnung der kommissarischen Einnahme des Augenscheins	399
4.	Verhandlung in Abwesenheit des Angeklagten nach § 231a	399
5.	Vorlegung der Sache an ein Gericht höherer Ordnung	399
15. Kapitel	Hauptverhandlung – Bedeutung und Grundsätze	400
§ 49	Bedeutung der Hauptverhandlung	400
§ 50	Die Öffentlichkeit der Hauptverhandlung	400
I.	Bedeutung und Grenzen	400
1.	Grundsatz	400
2.	Zu viel Öffentlichkeit?	402
II.	Beschränkungen	402
1.	Unterbringungssachen (§ 171a GVG)	402
2.	Schutz von Persönlichkeitsrechten (§ 171b GVG)	402
3.	Gefährdung der Staatssicherheit, der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit (172 Nr. 1 GVG)	404
4.	Gefährdung des Lebens, des Leibes oder der Freiheit eines Zeugen oder einer anderen Person (§ 172 Nr. 1a GVG)	404
5.	Wichtige Geheimnisse (§ 172 Nr. 2 GVG)	404
6.	Private Geheimnisse (§ 172 Nr. 3 GVG)	404
7.	Vernehmung einer Person unter 16 Jahren (§ 172 Nr. 4 GVG)	404
III.	Verhandlung und Entscheidung über den Ausschluss der Öffentlichkeit	404

	IV. Urteilsverkündung	405
	V. Revision.	405
§ 51	Die Einheitlichkeit der Hauptverhandlung	406
	I. Die Unterbrechung der Hauptverhandlung	406
	II. Die Aussetzung der Hauptverhandlung	408
§ 52	Anwesenheitspflichten in der Hauptverhandlung	408
	I. Richter	408
	II. Staatsanwalt und Protokollführer	408
	III. Verteidiger	408
	IV. Nebenkläger und Nebenbeteiligte	409
	V. Angeklagter	409
	1. Ausnahmen vom Grundsatz des § 230 Abs. 1.	409
	2. Zwangsmaßnahmen	413
	VI. Revision.	414
§ 53	Die Verständigung im Strafverfahren.	414
	I. Begriff der Verständigung.	415
	II. Gegenstand der Verständigung	416
	1. Rechtsfolgen	416
	2. Verfahrensbezogene Maßnahmen	417
	3. Prozessverhalten.	418
	III. Verständigungsverfahren	418
	1. Protokollierung	419
	2. Vorschlag des Gerichts	419
	3. Belehrung	420
	4. Zustimmung.	421
	5. Zustandekommen der Verständigung	421
	IV. Bindungswirkung	421
§ 54	Aufgabenverteilung zwischen Vorsitzendem und Gericht in der Hauptverhandlung	423
	I. Grundsatz	423
	II. Entscheidungen des Gerichts	423
	III. Verhandlungsleitung des Vorsitzenden	424
	1. Verhandlungsleitung	424
	2. Antrag auf gerichtliche Entscheidung nach § 238 Abs. 2 („Beanstandung“).	424
	3. Fragerechte	426
	IV. Sitzungspolizei	428
	1. „Sitzung“	428
	2. Art der Störungen	428
	3. Zwangsmaßnahmen	428
16. Kapitel	Überblick und Gang der Hauptverhandlung bis zum Eintritt in die Beweisaufnahme.	430
§ 55	Überblick über den Gang der Hauptverhandlung.	430
	I. Gesetzliche Regelung zum Verlauf der Hauptverhandlung	430
	II. Abweichende Verfahrensgestaltung	430

Inhaltsverzeichnis

§ 56	Beginn der Hauptverhandlung und Mitteilung der Besetzung des Gerichts	431
	I. Beginn der Hauptverhandlung	431
	1. Aufruf der Sache	431
	2. Präsenzfeststellung	431
	3. Zeugen verlassen den Saal.	431
	4. Protokoll	432
	II. Mitteilung der Besetzung des Gerichts und Besetzungseinwand	433
	1. Mitteilung der Besetzung	433
	2. Unterbrechung der Hauptverhandlung	433
	3. Einwand der vorschriftswidrigen Besetzung des Gerichts	434
	4. Entscheidung des Tatgerichts.	436
	5. Vorabentscheidungsverfahren	436
§ 57	Vernehmung des Angeklagten über seine persönlichen Verhältnisse	437
	I. Vernehmung „zur Person“	437
	II. Protokoll	437
	III. Revision.	437
§ 58	Verlesung des Anklagesatzes.	438
	I. Verlesung	438
	II. Protokoll	439
	III. Revision.	439
§ 59	Mitteilung von Erörterungen über Verständigungsgespräche	439
	I. Mitteilungspflichtige Erörterungen	440
	II. Protokoll	442
	III. Revision.	442
§ 60	Eröffnungserklärung („opening statement“) der Verteidigung	443
	I. Voraussetzungen	443
	II. Inhalt	444
	III. Missbrauch des Erklärungsrechts.	444
§ 61	Behrung und Vernehmung des Angeklagten zur Sache.	445
	I. Bedeutung	445
	II. Behrung	445
	1. Umfang der Behrung.	445
	2. Revision	445
	III. Vernehmung.	445
	1. Präklusion von Verfahrenseinwänden	445
	2. Beweisrechtliche Bedeutung der Einlassung.	445
	3. Gang der Vernehmung	446
	4. Sonderformen der Einlassung	447
	5. Ergänzende Wahrnehmungen	448
	6. Schweigen des Angeklagten.	448
	7. Revision	448
17. Kapitel	Allgemeines zur Beweisaufnahme	450
§ 62	Bedeutung der Beweisaufnahme.	450
	I. Begriff und Erforderlichkeit	450
	II. Reihenfolge	450

§ 63	Gegenstand der Beweisaufnahme	451
	I. Tatsachen	451
	1. Für Schuld und Rechtsfolgen unmittelbar relevante Tatsachen („Haupttatsachen“)	452
	2. Indiztatsachen	452
	3. Verfahrensbezogene Tatsachen	452
	II. Strengbeweis – Freibeweis	453
	1. Strengbeweis	454
	2. Freibeweis	454
	3. Doppelrelevante Tatsachen	455
	4. Geständnis	456
	III. Glaubhaftmachung	456
§ 64	Die Grundsätze der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit	457
	I. Mündlichkeit	457
	II. Unmittelbarkeit	458
	1. Formelle und materielle Unmittelbarkeit	458
	2. Ausnahmen	459
	3. „Sachnächstes“ Beweismittel	459
§ 65	Überblick über die Beweismittel	459
18. Kapitel	Zeugenbeweis	460
§ 66	Grundstruktur des Zeugenbeweises	460
	I. Formaler Zeugenbegriff	460
	II. Gegenstand des Zeugenbeweises	461
	III. Fähigkeit, Zeuge zu sein	461
	1. Jedermann mit Ausnahme des Angeklagten	461
	2. Richter, Staatsanwalt und Verteidiger	462
	IV. Recht auf Beistand	462
	1. Voraussetzungen für einen Zeugenbeistand	462
	2. Rechtsstellung des Beistands	463
	V. Ladung des Zeugen und Zeugenpflichten	463
	1. Zeugenladung	463
	2. Grundlegende Zeugenpflichten	464
§ 67	Die Pflicht zum Erscheinen	465
	I. Unentschuldigtes Ausbleiben	465
	II. Genügende Entschuldigung	465
§ 68	Die Pflicht zur Aussage	466
	I. Allgemeines	466
	II. Das Zeugnisverweigerungsrecht nach § 52 und Rückgriff auf frühere Aussagen des Zeugen	467
	1. Umfang des Zeugnisverweigerungsrechts	467
	2. Rückgriff auf frühere Aussagen bei Zeugnisverweigerung	471
	III. Das Zeugnisverweigerungsrecht nach §§ 53, 53a	477
	1. Zweck, Gegenstand, Belehrung	477
	2. Entbindung von der Schweigepflicht	478
	3. Verzicht	478
	IV. Das Zeugnisverweigerungsrecht nach § 54	478

Inhaltsverzeichnis

1.	Gegenstand	478
2.	Belehrung	479
3.	Einholung der Genehmigung	479
V.	Das Auskunftsverweigerungsrecht nach § 55	480
1.	Voraussetzungen	480
2.	Reichweite	481
3.	Belehrung und Auskunftsverweigerung	481
4.	Schlüsse aus der Auskunftsverweigerung	481
5.	Rückgriff auf frühere Aussagen	481
VI.	Die Vernehmung des Zeugen	482
1.	Vernehmung durch den Vorsitzenden und Fragerecht	482
2.	Schutz des Zeugen	483
VII.	Revision	484
§ 69	Die Pflicht, den Eid zu leisten	484
I.	Regelfall uneidliche Zeugenvernehmung	484
II.	Ausnahmefall Vereidigung	485
1.	Ausschlaggebende Bedeutung der Aussage	485
2.	Herbeiführung einer wahren Aussage	485
III.	Vereidigungsverbote und Recht zur Eidesverweigerung	486
1.	Vereidigungsverbot nach § 60	486
2.	Recht zur Eidesverweigerung für Zeugnisverweigerungs- berechtigte	486
IV.	Durchführung der Vereidigung	487
1.	Entscheidung	487
2.	Vereidigung	487
19. Kapitel	Sachverständigenbeweis	488
§ 70	Begriff	488
I.	Sachkunde	488
II.	Auftrag des Gerichts	489
III.	Sachverständiger Zeuge	489
IV.	Zusatztatsachen	489
§ 71	Die Mitwirkung des Sachverständigen	490
I.	Ausnahme: zwingende Mitwirkung	490
II.	Aufklärungspflicht	490
III.	Auswahl – Aufgabe des Gerichts	490
IV.	Ablehnung	491
V.	Vereidigung	491
VI.	Mehrere Sachverständige	492
§ 72	Das Gutachten des Sachverständigen	492
I.	Leitung durch den Richter	492
II.	Anknüpfungstatsachen	493
III.	Der Beweis der Anknüpfungstatsachen – Befund- und Zusatz- tatsachen	493
1.	Befundtatsachen	493
2.	Zusatztatsachen	493
3.	Folgen der Unterscheidung von Befund- und Zusatztatsachen	493

IV.	Praktische Fragen	494
1.	Klarstellung der Anknüpfungstatsachen	494
2.	Vorbereitendes schriftliches Gutachten	494
20. Kapitel	Augenscheinsbeweis	496
§ 73	Begriff und Anwendungsbereich	496
I.	Begriff	496
II.	Abgrenzung zu anderen Beweismitteln	496
III.	Augenschein und Unmittelbarkeit – Augenscheinsgehilfen.	497
IV.	„Privater“ Augenschein	497
§ 74	Einzelheiten.	497
I.	Anordnung durch Vorsitzenden	497
II.	Augenschein aller Beteiligten	497
III.	Beweisaufnahme und Protokollierung	498
21. Kapitel	Urkundenbeweis	499
§ 75	Begriff und gesetzliche Regelung	499
I.	Begriff	499
II.	Gesetzliche Regelung.	499
1.	Grundnorm: § 249	499
2.	Grundsatz der Zulässigkeit	499
§ 76	Gegenstand des Urkundenbeweises.	500
I.	Verlesbare Urkunden	500
II.	Andere Urkunden	500
III.	Einzelfälle	501
1.	Urteile und andere gerichtliche Entscheidungen	501
2.	Fremdsprachige Urkunden	502
3.	Elektronische Dokumente.	502
§ 77	Aufnahme des Urkundenbeweises	502
I.	Verlesung	502
II.	Selbstleseverfahren	503
1.	Anordnung	503
2.	Durchführung des Selbstleseverfahrens	503
3.	Protokollierung	504
III.	Bericht des Vorsitzenden	504
IV.	Vorhalt	505
1.	Begriff	505
2.	Vorhalt trotz Unzulässigkeit des Urkundenbeweises?.	505
§ 78	Anordnung und Protokollierung des Urkundenbeweises	506
I.	Anordnung	506
II.	Protokollierung.	506
1.	Verlesung	506
2.	Selbstleseverfahren	506
§ 79	Anwendungsbereich des Urkundenbeweises.	507
I.	Grundsatz: Zulässigkeit des Urkundenbeweises.	507
II.	Urkundenbeweis zu früheren Vernehmungen (und sonstigen Erklärungen) des Angeklagten	507

Inhaltsverzeichnis

1.	Verwertung von Vernehmungsprotokollen.	507
2.	Verwertung sonstiger Urkunden über frühere Äußerungen des Angeklagten	510
III.	Urkundenbeweis zu früheren Vernehmungen (und sonstigen Äußerungen) von Zeugen	510
1.	Das Ersetzungsverbot des § 250	510
2.	Fallgruppen.	513
3.	Protokollverlesung zur Gedächtnisunterstützung (§ 253).	522
IV.	Vorführung einer aufgezeichneten Zeugenvernehmung (§ 255a)	523
1.	Gleichstellung von Bild-Ton-Aufzeichnungen und Vernehmungsprotokollen (§ 255a Abs. 1)	524
2.	Ersetzung einer Zeugenvernehmung durch eine Bild-Ton-Aufzeichnung (§ 255a Abs. 2)	525
V.	Vorführung einer aufgezeichneten Vernehmung des Angeklagten (§ 254)	527
22. Kapitel	Der Umfang der Beweisaufnahme.	528
§ 80	Der Untersuchungsgrundsatz	528
I.	Bedeutung	528
II.	Nicht beweisbedürftige Tatsachen	528
1.	Offenkundige Tatsachen	528
2.	Teilrechtskraft	530
§ 81	Die Aufklärungspflicht des Gerichts	530
I.	Grundsatz	530
II.	Gegenstand: Tatsachen.	531
III.	Pflicht des Gerichts.	531
IV.	Grenzen der Aufklärungspflicht	532
V.	Anhaltspunkte für weitere Aufklärung.	533
1.	Akteninhalt.	534
2.	Prozessverlauf	534
VI.	Einzelfälle zur Aufklärungspflicht.	534
VII.	Problem: Aufklärungspflicht und Zeuge vom Hörensagen	535
1.	Grundsatz.	535
2.	Beweiswürdigung.	536
3.	Verwertungsverbote	536
4.	Unbekannte unmittelbare Zeugen (V-Leute und Verdeckte Ermittler)	537
§ 82	Der Einfluss der Beteiligten auf den Umfang der Beweisaufnahme.	538
I.	Beweisantrag	538
1.	Begriff	538
2.	Die Voraussetzungen im Einzelnen	538
II.	Bedingter Beweisantrag	545
1.	Beweisantrag unter „einfachen“ innerprozessualen Bedingungen	546
2.	Beweisantrag unter einer Bedingung zur Beweiswürdigung („Eventualbeweisantrag“)	546
3.	Beweisantrag unter einer Bedingung, bezogen auf den Urteilstenor („Hilfsbeweisantrag“)	547
III.	Beweismittlungsantrag	548

IV.	Beweisanregung	550
V.	Antragsberechtigte, Form und Zeitpunkt, Protokollierung des Beweisantrags	551
	1. Antragsberechtigung	551
	2. Form und Zeitpunkt des Antrags.	551
	3. Rücknahme.	552
VI.	Anordnung der beantragten Beweiserhebung	552
VII.	Gründe für die Ablehnung eines Beweisantrags	552
	1. Zwingender Ablehnungsgrund: unzulässige Beweiserhebung (§ 244 Abs. 3 S. 2)	553
	2. Fakultative Ablehnungsgründe	554
VIII.	Die Behandlung eines Beweisantrags durch das Gericht.	567
	1. Auslegung von Anträgen	567
	2. Behandlung nach § 244 Abs. 3 bis 6.	567
	3. Ablehnung eines Beweisantrags	568
IX.	Präsente Beweismittel	572
	1. „Präsenz“	573
	2. Verzicht auf Erhebung präsenter Beweismittel.	573
	3. Behandlung präsenter Beweismittel im Übrigen.	574
23. Kapitel	Der Schluss der Beweisaufnahme, Schlussvorträge und letztes Wort	575
§ 83	Der Schluss der Beweisaufnahme	575
§ 84	Die Schlussvorträge.	575
I.	Allgemeines	575
	1. Recht zum Schlussvortrag	575
	2. Verpflichtung zum Schlussvortrag	576
II.	Stil des Plädoyers	576
	1. Darstellungsgrundsätze	576
	2. Freie Rede.	577
	3. Sonstige Erklärungen	577
III.	Der Aufbau des staatsanwaltschaftlichen Plädoyers bei Antrag auf Verurteilung	578
	1. Anrede und Einleitung	578
	2. Feststellungen	578
	3. Beweiswürdigung.	579
	4. Rechtliche Würdigung	579
	5. Strafzumessung	580
	6. Schlussanträge im Einzelnen	581
IV.	Der Aufbau des auf Freispruch antragenden Plädoyers des Staatsanwalts	581
	1. Schilderung des Anklagevorwurfs	582
	2. Feststellungen	582
	3. Beweiswürdigung.	582
	4. Rechtliche Würdigung	583
	5. Antrag auf Freispruch.	583
V.	Das Plädoyer des Verteidigers	583

Inhaltsverzeichnis

1.	Aus der Stellung als Rechtsanwalt resultierende Vorgaben.	583
2.	Aufbau des Plädoyers	583
VI.	Revision.	585
§ 85	Letztes Wort	585
I.	Letztes Wort des Angeklagten	585
II.	Wiedereintritt in die Verhandlung.	586
24. Kapitel	Urteilsberatung, Entscheidung und Verkündung	588
§ 86	Urteilsberatung	588
I.	Formalien	588
II.	Gang der Beratung	588
III.	Abstimmung	588
1.	Qualifiziertes Stimmenverhältnis für die Schuld- und Straffrage.	589
2.	Abfolge in der Beratung	590
IV.	Entscheidung des Strafrichters	590
§ 87	Die Arten der Entscheidung und Gegenstand der Entscheidung (Prozessgegenstand)	590
I.	Entscheidungsarten	590
1.	Prozess- und Sachurteile	590
2.	Beschlüsse.	591
3.	Keine Teil- und Zwischenurteile	591
II.	Gegenstand der Entscheidung: Tat i. S. des Prozessrechts	592
1.	Tat im prozessualen Sinn als Prozessgegenstand.	592
2.	Andere rechtliche Würdigung derselben Tat	594
3.	Abweichender Geschehensablauf	594
4.	Einheitliche Tat im materiell-rechtlichen Sinn.	595
5.	Materiell-rechtliche Tatmehrheit	597
§ 88	Hinweispflicht des Gerichts nach § 265 bei anderer rechtlicher Beurteilung oder Veränderung der Sachlage.	598
I.	Grundgedanke	598
1.	Veränderungen zur Schuldfrage (§ 265 Abs. 1).	598
2.	Hinweispflichten nach § 265 Abs. 2	600
3.	Weitere Hinweispflichten	603
II.	Förmlichkeiten	604
1.	Aufgabe des Vorsitzenden	604
III.	Aussetzung der Hauptverhandlung	606
1.	Aussetzung wegen Veränderung zur Schuld- oder Rechtsfolgenfrage (§ 265 Abs. 3).	606
2.	Aussetzung bei veränderter Sachlage (§ 265 Abs. 4)	607
§ 89	Nachtragsanklage (§ 266).	607
§ 90	Die Begründung der Entscheidung – freie richterliche Beweiswürdigung und der Grundsatz „in dubio pro reo“	608
I.	Die richterliche Überzeugung.	608
1.	Objektive und subjektive Grundlagen der richterlichen Überzeugung	608
2.	Reichweite der Überzeugung.	609
II.	Richterliche Beweiswürdigung – der Prozess der Überzeugungsbildung	611

1.	Grundsätze	611
2.	Würdigung der Einlassung des Angeklagten	612
3.	Würdigung des Zeugenbeweises	614
4.	Würdigung des Sachverständigenbeweises	618
5.	Der Zweifelsgrundsatz – „in dubio pro reo“	620
III.	Grenzen der Beweiswürdigung	623
1.	Beweisverbote	623
2.	Gesetzliche Beweisregeln	625
3.	Schweigen des Angeklagten.	625
4.	Schweigen des Zeugen	627
IV.	Mehrere mögliche Sachverhalte (Wahlfeststellung)	627
1.	Ein einheitliches äußeres Geschehen	627
2.	Mehrere mögliche Sachverhalte	628
3.	Formel und Gründe des Urteils	630
§ 91	Die Urteilsformel	630
I.	Die Entscheidung zur Schuld- und Rechtsfolgenfrage	630
1.	Freispruch.	630
2.	Verurteilung	631
3.	Selbständige Anordnung einer Maßregel.	635
4.	Einstellung	635
5.	Entscheidung bei mehreren Straftaten: materiell-rechtlicher Tatbegriff als Ausgangspunkt.	636
6.	Vielzahl von Angeklagten und Taten	637
II.	Nebenentscheidungen	638
1.	Entschädigung nach dem StrEG	638
2.	Kostenentscheidung	638
III.	Beispiele (Übungsfälle)	639
§ 92	Die Urteilsverkündung	640
I.	Allgemeines	640
II.	Ablauf	640
III.	Ende der Urteilsverkündung.	641
IV.	Weitere Entscheidungen.	642
1.	Beschluss bei Strafaussetzung zur Bewährung	642
2.	Beschluss über Untersuchungshaft	642
3.	Belehrung bei Fahrverbot	642
4.	Rechtsmittelbelehrung	642
25. Kapitel	Das Hauptverhandlungsprotokoll	644
§ 93	Das Hauptverhandlungsprotokoll	644
I.	Bedeutung des Protokolls.	644
II.	Herstellung des Protokolls	644
III.	Inhalt des Protokolls	645
1.	Gang und Ergebnis der Hauptverhandlung.	645
2.	Inhaltsprotokoll.	646
3.	Ausnahme: Wörtliche Protokollierung	647
IV.	Beweiskraft des Protokolls	647
1.	Wesentliche Förmlichkeiten	647